

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	29
Erster Teil: Begriffsbestimmung und Normgefüge	33
§ 1 Begriffsbestimmung und Abgrenzung	33
I. Die Ärzte-GmbH als typisierte ärztliche Berufsausübungsgesellschaft	33
II. Medizinisches Versorgungszentrum	35
§ 2 Rechtsquellen und Normhierarchie	37
I. Einführung	37
II. Besonderer rechtlicher Rahmen der Ärzte-GmbH	38
III. Besonderer rechtlicher Rahmen Medizinischer Versorgungszentren	45
IV. Der rechtliche Rahmen der als MVZ zugelassenen Ärzte-GmbH	55
Zweiter Teil: Die Ärzte-GmbH als Erbringer ärztlicher Leistungen	63
§ 3 Rechtliche Zulässigkeit der Ärzte-GmbH	63
I. Einführung	63
II. Vorgaben des Gesellschaftsrechts	64
III. Vorgaben des Berufsrechts	65
IV. Vorgaben des Vertragsarztrechts	77
V. Zusammenfassung der Ergebnisse	78
§ 4 Teilnahme der Ärzte-GmbH an der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung als Medizinisches Versorgungszentrum	79
I. Einführung	79
II. Zulassung als Medizinisches Versorgungszentrum	81
III. Folgen der Zulassung	85
IV. Beendigung der Zulassung	86
§ 5 Teilnahme der Ärzte-GmbH an der ambulanten privatärztlichen Versorgung	91
I. Einführung	91

II. Meinungsstand	92
III. Stellungnahme	94
IV. Ergebnis	104
§ 6 Unternehmensgegenstand und Verbandszweck der Ärzte-GmbH	104
I. Einführung	104
II. Abgrenzung von Gesellschaftszweck und Unternehmensgegenstand	104
III. Bestimmung des Unternehmensgegenstandes der Ärzte-GmbH	108
IV. Konkretisierung des Verbandszwecks der Ärzte-GmbH	114
§ 7 Folgen eines Verstoßes gegen berufs- und vertragsarztrechtliche Vorschriften für die Gesellschaft	116
I. Einführung	116
II. Berufs-, sozial- und wettbewerbsrechtliche Sanktionen	116
III. Unwirksamkeit von Satzungsregelungen nach §§ 134, 138 BGB	123
IV. Auswirkungen auf Unternehmensgegenstand und Verbandszweck	128
V. Registergerichtliche Prüfung im Eintragungsverfahren nach § 9c GmbHG	137
VI. Zusammenfassung der Ergebnisse	140
Dritter Teil: Die Beteiligung an der Ärzte-GmbH	141
§ 8 Beschränkung der Mitgliedschaft auf einen qualifizierten Gesellschafterkreis	141
I. Einführung	141
II. Der Arzt als Gesellschafter	141
III. Nicht-Ärzte als Gesellschafter der Ärzte-GmbH	159
IV. Rechtsetzungskompetenz als Anknüpfung der Rechtsanwendung bei überregionaler Praxistätigkeit	178
V. Konsequenzen für die Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhausträgern	179
VI. Zusammenfassung der Ergebnisse	183
§ 9 Besondere Anforderungen an die Mitgliedschaft qualifizierter Gesellschafter	185
I. Einführung	185
II. Schranken mittelbarer Beteiligungen Dritter	186
III. Die Gesellschafterbürgschaft als Zulassungsvoraussetzung nach § 95 Abs. 2 S. 6 SGB V	195

§ 10	Schranken der Übertragbarkeit von Geschäftsanteilen	213
I.	Einführung	213
II.	Unbeschränkte Vererbbarkeit von Geschäftsanteilen	214
III.	Berufsrechtliche Anforderungen an die Gesellschafterstruktur als Schranke der Privatautonomie bei der Anteilsveräußerung?	215
IV.	Vertragsarztrechtliche Anforderungen an die Gesellschafterstruktur als Schranke der Privatautonomie bei der Anteilsveräußerung?	222
V.	Treuepflicht als Verfügungsschranke bei der Anteilsveräußerung?	223
VI.	Zusammenfassung der Ergebnisse	225
§ 11	Sicherstellung der Einhaltung berufs- und vertragsarztrechtlicher Anforderungen an die Mitgliedschaft durch gesellschaftsvertragliche Regelungen und die Ausübung von Gestaltungsrechten	225
I.	Einführung	225
II.	Gesellschaftsvertragliche Nebenabreden zur Sicherung gesetzeskonformen Verhaltens qualifizierter Gesellschafter	226
III.	Verhinderung berufs- oder vertragsarztrechtswidriger Beteiligungsstrukturen durch gesellschaftsvertragliche Regelungen	228
IV.	Gesellschaftsvertragliche Vorkehrungen zur Wiederherstellung gesetzeskonformer Beteiligungsverhältnisse	234
V.	Verstoß gegen berufs- und vertragsärztliche Anforderungen als wichtiger Grund für einen Gesellschafterausschluss	237
VI.	Zusammenfassung der Ergebnisse	240
Schluss:	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	241
	Literaturverzeichnis	245

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	29
Erster Teil: Begriffsbestimmung und Normgefüge	33
§ 1 Begriffsbestimmung und Abgrenzung	33
I. Die Ärzte-GmbH als typisierte ärztliche Berufsausübungsgesellschaft	33
II. Medizinisches Versorgungszentrum	35
§ 2 Rechtsquellen und Normhierarchie	37
I. Einführung	37
II. Besonderer rechtlicher Rahmen der Ärzte-GmbH	38
1. Berufsrechtliche Vorschriften	38
2. Bedeutung vertragsarztrechtlicher Vorschriften	41
3. Konkurrenz berufsrechtlicher und gesellschaftsrechtlicher Vorschriften	42
a) Berufsrecht als Spezialgesetz	42
b) Vorrang bundesrechtlicher Bestimmungen	43
c) Standesrecht und der allgemeine Gesetzesvorbehalt	44
III. Besonderer rechtlicher Rahmen Medizinischer Versorgungszentren	45
1. Regelungsbereiche	45
2. Vertragsarztrechtliche Vorschriften	46
a) Gesetze und Rechtsverordnungen	46
b) Satzungen und Richtlinien der Selbstverwaltungskörperschaften	49
c) Normenverträge der Selbstverwaltung; Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses	50
d) Normhierarchie innerhalb des Vertragsarztrechts	54
3. Bedeutung gesellschafts- und berufsrechtliche Vorschriften	54
IV. Der rechtliche Rahmen der als MVZ zugelassenen Ärzte-GmbH	55
1. Regelungsbereiche	55
2. Verhältnis vertragsarzt- und berufsrechtlicher Vorschriften	55

a) Meinungsstand	56
b) Stellungnahme	58
Zweiter Teil: Die Ärzte-GmbH als Erbringer ärztlicher Leistungen	63
§ 3 Rechtliche Zulässigkeit der Ärzte-GmbH	63
I. Einführung	63
II. Vorgaben des Gesellschaftsrechts	64
III. Vorgaben des Berufsrechts	65
1. Bundesrechtliche Bestimmungen	65
2. Landesrechtliche Bestimmungen	65
a) Ausdrückliche Zulässigkeit; fehlende Verbotsregelungen	65
b) Strenges Niederlassungsgebot in Berlin und Rheinland- Pfalz	67
(1) Faktische Verbotswirkung des Niederlassungsgebotes	67
(2) Anstellung bei einer MVZ-Trägergesellschaft als Ausnahmetatbestand	69
c) Ausdrückliches GmbH-Verbot in Bayern	74
3. Standesrechtliche Regelungen	76
4. Zwischenergebnis	76
IV. Vorgaben des Vertragsarztrechts	77
V. Zusammenfassung der Ergebnisse	78
§ 4 Teilnahme der Ärzte-GmbH an der ambulanten vertragsärztlichen Vorsorgung als Medizinisches Versorgungszentrum	79
I. Einführung	79
II. Zulassung als Medizinisches Versorgungszentrum	81
1. Unterscheidung zu sonstigen Zulassungen freiberuflicher Gesellschaften	81
2. Voraussetzungen der Zulassung im Überblick	82
a) Leistungserbringer als MVZ-Gründer	82
b) Organisation als fachübergreifende, ärztlich geleitete Einrichtung	83
c) Zulassung und Anstellungsgenehmigung	84
III. Folgen der Zulassung	85
1. Unterwerfung unter das vertragsarztrechtliche Regelungsregime	85

2. Teilnahmerecht und Teilnahmepflicht	85
IV. Beendigung der Zulassung	86
1. Verzicht und Wegzug	86
2. Auflösung des Medizinischen Versorgungszentrums	86
§ 5 Teilnahme der Ärzte-GmbH an der ambulanten privatärztlichen Versorgung	91
I. Einführung	91
II. Meinungsstand	92
III. Stellungnahme	94
1. Auslegung des Niederlassungsbegriffes im Sinne des § 4 Abs. 2 S. 1 MB/KK	94
2. AGB-rechtliche Inhaltskontrolle	98
3. Ergänzende Auslegung der MB/KK	102
IV. Ergebnis	104
§ 6 Unternehmensgegenstand und Verbandszweck der Ärzte-GmbH	104
I. Einführung	104
II. Abgrenzung von Gesellschaftszweck und Unternehmensgegenstand	104
III. Bestimmung des Unternehmensgegenstandes der Ärzte-GmbH	108
1. Konkretisierung des statutarischen Unternehmensgegenstandes	108
2. Pflicht zur Konzentration des Unternehmensgegenstandes auf ärztliche Leistungen	112
IV. Konkretisierung des Verbandszwecks der Ärzte-GmbH	114
§ 7 Folgen eines Verstoßes gegen berufs- und vertragsarztrechtliche Vorschriften für die Gesellschaft	116
I. Einführung	116
II. Berufs-, sozial- und wettbewerbsrechtliche Sanktionen	116
1. Disziplinarrechtliche Maßnahmen der Ärztekammern	116
2. Disziplinarrechtliche Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigungen	117
3. Ausschluss von der vertragsärztlichen Versorgung; Zulassungsentzug	119
4. Wettbewerbsrechtliche Sanktionen	121
5. Ausschluss der Kostenerstattung durch private Krankenversicherungen	122

III.	Unwirksamkeit von Satzungsregelungen nach §§ 134, 138 BGB	123
1.	§§ 134, 138 BGB als Schranken der Privatautonomie	123
a)	Einführung	123
b)	Kammergesetze und Vertragsarztrecht als Verbotsgesetze im Sinne des § 134 BGB	124
c)	Berufsordnungen als Verbotsgesetze im Sinne des § 134 BGB	124
d)	Konkretisierung der Sittlichkeitsschranke des § 138 BGB	126
2.	Rechtsfolgen unwirksamer Satzungsbestimmungen	127
IV.	Auswirkungen auf Unternehmensgegenstand und Verbandszweck	128
1.	Einführung	128
2.	Folgen von Versagung, Entzug und Ruhen der vertragsärztlichen Zulassung	129
a)	Einführung	129
b)	Die bewusste Falschbezeichnung als Scheingeschäft oder Gesetzesverstoß	130
c)	Sanktionierung der irrtümlichen anfänglichen Falschbezeichnung	130
d)	Sanktionierung des nachträglichen Abweichens des tatsächlichen vom statutarischen Unternehmensgegenstand	132
3.	Folgen des Verstoßes gegen berufsrechtliche Vorgaben	136
V.	Registergerichtliche Prüfung im Eintragungsverfahren nach § 9c GmbHG	137
VI.	Zusammenfassung der Ergebnisse	140
Dritter Teil: Die Beteiligung an der Ärzte-GmbH		141
§ 8	Beschränkung der Mitgliedschaft auf einen qualifizierten Gesellschafterkreis	141
I.	Einführung	141
II.	Der Arzt als Gesellschafter	141
1.	Mitgliedschaft in der Ärzte-GmbH aus berufsrechtlicher Sicht	141
a)	Berufsausübungsgebot als Ergebnis gesetzgeberischen Gestaltungswillens	141

b)	Kammergesetzliche Berufsausübungsgebote als Zulässigkeitsvoraussetzung (ambulanter) ärztlicher Tätigkeit	142
(1)	Beschränkung der Berufstätigkeit als Gesellschafter in Hamburg und Niedersachsen	142
(2)	Zulässigkeitssschranke für den Praxisbetrieb der Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen	143
(3)	Reglementierung des Verbandzwecks in Brandenburg?	145
c)	Standesrechtliche Berufsausübungsgebote als Zulässigkeitsvoraussetzung ärztlicher Tätigkeit	146
d)	Anforderungen an den Umfang der aktiven Berufsausübung	148
e)	Zwischenergebnis	148
2.	Beteiligung an der MVZ-Trägersgesellschaft nach den Vorgaben des SGB V	149
a)	Einführung	149
b)	Der Vertragsarzt als Leistungserbringer im Sinne des § 95 Abs. 1 S. 3 Hs. 2 SGB V	149
(1)	Einführung	149
(2)	Kooperation auf Organisationsebene	150
(3)	Kooperation auf Leistungserbringungsebene	151
c)	Der in einem MVZ angestellte Arzt als Leistungserbringer im Sinne des § 95 Abs. 1 S. 3 Hs. 2 SGB V	154
d)	Der bei einem Vertragsarzt oder einem sonstigen Leistungserbringer angestellte Arzt	157
3.	Ergebnis	158
III.	Nicht-Ärzte als Gesellschafter der Ärzte-GmbH	159
1.	Beteiligungsschranken als Ergebnis gesetzgeberischer Gestaltungsentscheidungen	159
2.	Persönlich-qualitative Anforderungen an die Mitgliedschaft in der Ärzte-GmbH	160
a)	Kammergesetzliche Beteiligungsschranken als Zulässigkeitsvoraussetzung (ambulanter) ärztlicher Berufsausübung	160
(1)	Beschränkung der Berufstätigkeit als Gesellschafter in Hamburg und Niedersachsen	160



(2) Beschränkung der Berufstätigkeit als Gesellschafter in Brandenburg	160
(3) Beschränkung der gemeinsamen Praxisführung in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein	162
(4) Beschränkung der gemeinsamen Praxisführung in Rheinland-Pfalz	167
(5) Zulässigkeitschranke für den Praxisbetrieb der Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen	168
b) Standesrechtliche Beteiligungsschranken als Zulässigkeitsvoraussetzung ärztlicher Tätigkeit	169
3. Ärztliche Gesellschaftermehrheit als Kategorisierungsmerkmal	171
4. Verbot der stillen Beteiligung Dritter	174
5. Verbot von Konzernstrukturen	177
IV. Rechtsetzungskompetenz als Anknüpfung der Rechtsanwendung bei überregionaler Praxistätigkeit	178
V. Konsequenzen für die Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhausträgern	179
1. Die gemeinsame MVZ-Trägerschaft als geeignete Kooperationsform	179
2. Das Berufsrecht als Schranke der gemeinsamen MVZ-Trägerschaft	180
3. Keine Ausstrahlungswirkung des Vertragsarztrechts auf das Berufsrecht	181
4. Ergebnis	182
VI. Zusammenfassung der Ergebnisse	183
§ 9 Besondere Anforderungen an die Mitgliedschaft qualifizierter Gesellschafter	185
I. Einführung	185
II. Schranken mittelbarer Beteiligungen Dritter	186
1. Treuhänderische Bindung des Geschäftsanteils	186
a) Funktion der treuhänderischen Bindung von Geschäftsanteilen	186
b) Grenzen der treuhänderischen Bindung aus Umhüllungsgesichtspunkten	186

c)	Ausdrückliches Verbot der treuhänderischen Bindung nach den Kammergesetzen in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen	188
d)	Zwischenergebnis	189
2.	Unterbeteiligung am Geschäftsanteil	189
a)	Funktion der Unterbeteiligung an Geschäftsanteilen	189
b)	Grenzen der Unterbeteiligung aus Umgehungsgesichtspunkten	190
c)	Grenzen der Unterbeteiligung durch die berufsrechtlichen Gewinnbeteiligungsverbote	190
d)	Zwischenergebnis	191
3.	Nießbrauch am Geschäftsanteil	191
a)	Grenzen des Nießbrauchs an Geschäftsanteilen durch das standesrechtliche Gewinnbeteiligungsverbot	191
b)	Grenzen des Nießbrauchs aus Umgehungsgesichtspunkten	192
c)	Zwischenergebnis	193
4.	Ergebnis und Rechtsfolgen eines Verstoßes	193
III.	Die Gesellschafterbürgschaft als Zulassungsvoraussetzung nach § 95 Abs. 2 S. 6 SGB V	195
1.	Einführung	195
2.	Vereinbarkeit der Bürgschaftspflicht mit gesellschaftsrechtlichen Grundsätzen	195
3.	Umfang der gesetzlichen Bürgschaftspflicht	197
a)	Inhalt der Bürgschaftspflicht	197
b)	Inhaltliche Haftungsbeschränkung	198
(1)	Zeitlich und betragsmäßig unbeschränkte Bürgschaftspflicht als Ausgangspunkt	198
(2)	Teleologische Reduktion der Bürgschaftspflicht	199
c)	Bereichsausnahme für zum 1.1.2007 zugelassene Trägergesellschaften	205
d)	Inhalt und Bedeutung des § 95 Abs. 2 S. 6 2. Hs. SGB V	206
e)	Zwischenergebnis und Formulierungsvorschlag	208
4.	Vertragsschluss	209
5.	Zusammenfassung der Ergebnisse	213
§ 10	Schranken der Übertragbarkeit von Geschäftsanteilen	213
I.	Einführung	213
II.	Unbeschränkte Vererbbarkeit von Geschäftsanteilen	214

III. Berufsrechtliche Anforderungen an die Gesellschafterstruktur als Schranke der Privatautonomie bei der Anteilsveräußerung?	215
1. Keine generelle Unwirksamkeit der gegen berufsrechtliche Beteiligungsschranken verstoßenden Anteilsübertragung	215
2. Einzelbetrachtung der kammergesetzlichen Beteiligungsschranken	217
3. Keine Unwirksamkeit der gegen standesrechtliche Beteiligungsschranken verstoßenden Anteilsübertragung nach § 134 BGB	221
4. Das Standesrecht als Konkretisierung der Sittlichkeitsschranke des § 138 BGB	221
5. Ergebnis	222
IV. Vertragsarztrechtliche Anforderungen an die Gesellschafterstruktur als Schranke der Privatautonomie bei der Anteilsveräußerung?	222
V. Treuepflicht als Verfügungsschranke bei der Anteilsveräußerung?	223
VI. Zusammenfassung der Ergebnisse	225
§ 11 Sicherstellung der Einhaltung berufs- und vertragsarztrechtlicher Anforderungen an die Mitgliedschaft durch gesellschaftsvertragliche Regelungen und die Ausübung von Gestaltungsrechten	225
I. Einführung	225
II. Gesellschaftsvertragliche Nebenabreden zur Sicherung gesetzeskonformen Verhaltens qualifizierter Gesellschafter	226
III. Verhinderung berufs- oder vertragsarztrechtswidriger Beteiligungsstrukturen durch gesellschaftsvertragliche Regelungen	228
1. Sicherung gesetzeskonformer Beteiligungsstrukturen bei der Anteilsvererbung?	228
2. Vinkulierungsklauseln als geeignetes Instrument zur Sicherung gesetzeskonformer Beteiligungsstrukturen bei der Anteilsveräußerung	228
a) Sicherung der berufs- und standesrechtlichen Zulässigkeit der Berufsausübung	229
b) (Allgemeiner) Zustimmungsvorbehalt als Folge der personalistischen Struktur der Ärzte-GmbH	230
c) Sicherung der vertragsarztrechtlichen Zulassungsfähigkeit der Ärzte-GmbH	232

3. Erstreckung der statutarischen Vinkulierungsklauseln auf sonstige Rechte am Geschäftsanteil	232
IV. Gesellschaftsvertragliche Vorkehrungen zur Wiederherstellung gesetzeskonformer Beteiligungsverhältnisse	234
1. Gesellschaftsvertragliche Abtretungsverpflichtungen	235
2. Gesellschaftsvertragliche Ausschluss- und Einziehungsklauseln	236
3. Abfindungsklauseln	236
V. Verstoß gegen berufs- und vertragsärztliche Anforderungen als wichtiger Grund für einen Gesellschafterausschluss	237
1. Einführung	237
2. Verfahren	238
3. Materielle Voraussetzungen an den Gesellschafterausschluss	238
VI. Zusammenfassung der Ergebnisse	240
Schluss: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	241
Literaturverzeichnis	245